



Martin Burkert

Mitglied des Dt. Bundestages
Bürgernah. Sozial. Engagiert.

standpunkt.

Gute Arbeit – guter Lohn

Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Skandal. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir Schluss machen mit dem Lohndumping.

Das sind die Fakten:

- Die Einkommensschere geht weiter auseinander: Während Spitzengehälter zunehmen, stagnieren die Löhne für viele Beschäftigte.
- Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslohne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen.
- Die Tarifbindung nimmt weiter ab: Nur 68 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 53 Prozent in Ostdeutschland erhalten tariflich vereinbarte Löhne.
- Armutslohne gibt es nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern. Auch viele Tariflöhne liegen zwischen drei und vier Euro.
- Niedriglöhne sind nicht allein die Folge zu geringer Qualifikationen: 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs ist gering: Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.
- Großbritannien, die Niederlande, Belgien – die meisten unserer europäischen Nachbarn und selbst die USA praktizieren Mindestlöhne mit Erfolg.

Lohndumping richtet sich gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Betroffenen können von ihrer Arbeit nicht leben und sind dauerhaft auf ergänzende Hilfen durch den Staat angewiesen. Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen, beuten doppelt aus: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch alle Steuerzahler. Denn sie müssen für die Unterstützungsleistungen des Staates aufkommen.

Dumpinglöhne schwächen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die faire Löhne zahlen. Der Mindestlohn ist also gut für unser Land, denn er schützt seriöse und faire Unternehmen vor Billigkonkurrenz. Und das ist gut für den Standort Deutschland.

Die SPD setzt sich weiterhin für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein. Wir wollen, dass die Menschen von ihrem Einkommen leben können.